

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und für Anwerblige die Druckereien entgegen. — Erscheint wöchentlich. Preis pro Stück 10 Pf. — Postamt No. 23.

Verantwortlich: Die Redaktionsleitung. Druckerei für Anzeigen aus Auer im Erzgebirge. Druckerei für Anzeigen aus Auer im Erzgebirge. Druckerei für Anzeigen aus Auer im Erzgebirge.

Telegramme: Auerblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Route Amt Leipzig Nr. 199

Nr. 140

Sonnabend, den 19. Juni 1926

21. Jahrgang

Besprechungen über das Reichsehrenmal.

Weimar oder Goslar.

Berlin, 17. Juni. Gestern fand unter Vorsitz des Reichsinnenministers Dr. Brüning eine Besprechung der verschiedenen Frontkämpferverbände in Sachen des Reichsehrenmals statt. Nachdem vor mehreren Wochen die Vertreter der vier größten Frontkämpferverbände vom Reichspräsidenten von Hindenburg in Gegenwart des Reichsministers des Innern empfangen worden waren, um ihren übereinstimmenden Standpunkt in dieser Sache darzulegen, waren inzwischen vom Reichskunstwart Dr. Redlob eingehende Vorarbeiten hinsichtlich der Frage des Ortes des Reichsehrenmals geleistet worden. Eine große Anzahl der vorgeschlagenen oder sonst in Betracht kommenden Orte sowohl vom Reichskunstwart, wie von den Vertretern der Verbände besichtigt worden. Bösliche Übereinstimmung herrschte von vornherein darüber, daß lediglich eine Gegend in Betracht kommen könnte, wo die Ehrung der Gefallenen in die Form eines Ehrenbains gekleidet werden könnte, ohne dabei den Gedanken der Heldenehrung in denmalmäßiger Form, wenn auch in schlichtester Weise, auszuschließen.

An der Besprechung waren vertreten: der Stahlhelm, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, der Deutsche Reichskriegerbund Kriegerhäuser, der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, die Arbeitsgemeinschaft der Vereinigungen ehemaliger Kriegsgefangener Deutschlands, der Tannenbergs-Bund, der Deutsche Offiziersbund, die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener, der Nationalverband Deutscher Offiziere, der Bund Deutscher

Marinevereine, der Marine-Offiziersverband und der Reichsoffiziersbund.

Außer den von den Frontkämpferverbänden gewünschten Orten Weimar und Goslar sind noch folgende Orte in der engeren Wahl:

Augsburg, Eisenach, Koburg, das Wesergediet und die Insel Bork.

Diese Gegenden werden in aller nächster Zeit durch den Ausschuss unter Hinzuziehung von Vertretern der Reichsregierung und in Gegenwart des Reichskunstwarts besichtigt werden.

Nach eingehender Aussprache ergab sich, daß von den zahlreichen geprüften Orten von den Erschienenen lediglich der Wald von Berka bei Weimar und die Gegend von Goslar für geeignet gehalten wurden. Stahlhelm, Reichsbanner, Kriegerhäuser-Verband, Verband jüdischer Frontsoldaten, Arbeitsgemeinschaft der Kriegsgefangenen und Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener erklärten sich für die Gegend von Weimar, die anderen Verbände erklärten, daß sie Goslar den Vorzug geben würden, aber auch einer Heldenehrung in der Gegend von Weimar ihre Mitarbeit nicht verweigern würden. Wie verlautet, wird sich der zuständige Ausschuss des Reichsrats gleichfalls in kürzester Frist mit der Angelegenheit befassen, so daß eine endgültige Entscheidung wohl in Kürze bevorsteht.

Reichsminister des Innern Dr. Brüning gab die Zusicherung, daß er, sobald an ihm liege, die praktische Verwirklichung des Gedankens der Heldenehrung mit besonderem Nachdruck betreiben werde.

Die Schreiben des Heimatbundes mit unterzeichnet hatte und der bei der Gerichtsverhandlung die volle Verantwortung für seine Handlungsweise ausdrücklich auf sich nahm, seines Amtes enthoben.

Herabsetzung der Landtagsmandate in Braunschweig.

Braunschweig, 17. Juni. Der Haushaltsausschuss des Landtages hat eine Entschließung angenommen, wonach das Staatsministerium ersucht wird, dem Landtag einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Herabsetzung der Zahl der Abgeordneten von 48 auf 36 vorseht und die Frage zu prüfen, ob sich die Einführung einer zweijährigen Legislaturperiode für die Zukunft durchführen läßt, und bejahendenfalls einen dahingehenden Gesetzentwurf dem Landtage vorzulegen.

Empfänge durch den Reichspräsidenten.

Berlin, 17. Juni. Der Reichspräsident empfing heute in Gegenwart des Deans der Medizinischen Fakultät der Universität Berlin Herrn Geheimrat Dr. Goldscheider und der Herren Geheimräte Dr. Bier und Dr. Die einige Vertreter der zurzeit in Berlin weilenden nordamerikanischen Ärzte.

Es waren erschienen: die Präsidenten der nordamerikanischen Ärztegesellschaft Wilson und Dr. Peck und die Sekretärin Dr. Cunningham sowie als Vertreter der einzelnen fachärztlichen Sektionen die Herren Dr. Mac Lean, Dr. Kuhlmann, Dr. Beland, Dr. Briggs, Dr. Starck, Dr. Triff und Dr. Snure. Der Reichspräsident gab seinem Dank und seiner Freude über den Besuch der Herren Ausdruck und wünschte den Bestrebungen, die die Herren hierher geführt hätten, im Interesse beider Länder guten Erfolg.

Berlin, 17. Juni. Der Reichspräsident hat heute den neuernannten außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister von Haiti George Gentil zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen.

Motta über Deutschlands Beitritt zum Völkerbund.

Bern, 17. Juni. In der heutigen Sitzung des Ständerates erklärte bei Verhandlung des Berichts über die außerordentliche Völkerbundstagung Bundesrat Motta, die Schweiz hätte das größte Interesse am Beitritt Deutschlands zum Völkerbund, weil dadurch dem Völkerbund der ihm von verschiedenen Seiten zugeschriebene Charakter einer Allianz der Siegerstaaten genommen würde, was eine wirkliche Förderung des Völkerbundgedankens sein würde. Der Austritt Brasiliens dagegen wäre ein großes Unglück, das hoffentlich noch abgemindert werden könne.

Reichskanzler Marx zum Volksentscheid.

Berlin, 17. Juni. Ein Vertreter des D. L. M. hatte heute Gelegenheit, dem Herrn Reichskanzler Dr. Marx einige mit der Volksabstimmung am Sonntag zusammenhängende Fragen vorzulegen, insbesondere, wie sich die Reichsregierung zur Enteignung der Fürstentümer verhält und wie sie sich die Lösung der Frage der Auseinandersetzung der Länder mit den ehemals regierenden Fürstentümern denkt. Die Unterredung nahm folgenden Verlauf:

Frage: Was ist die Stellung der Reichsregierung zu dem am kommenden Sonntag zur Volksabstimmung gelangenden Gesetzentwurf?

Antwort: Der von der sozialdemokratischen Partei, der kommunistischen Partei und dem Volksschuldausschuss betriebene Gesetzentwurf stellt die entschädigungslose Enteignung des gesamten Vermögens der ehemals regierenden Fürstentümer vor ohne Unterschied, ob dieses Vermögen auf Grund der früheren staatsrechtlichen Stellung der Fürsten oder auf Grund verbotlicher Vorgänge erworben ist. Eine solche völlige Enteignung kann die Reichsregierung nicht billigen, wie sie schon bei der Einführung des Gesetzentwurfs im Reichstag klar zum Ausdruck gebracht hat. Eine entschädigungslose Enteignung des gesamten Vermögens bestimmter Staatsbürger in der im Entwurf vorgesehenen Art und Weise widerspricht den Grundsätzen, die in einem Rechtsstaat die Grundlagen für jeden Gesetzgebungsakt zu bilden haben. Die großen Veränderungen, die in politischer, staatsrechtlicher und wirtschaftlicher Beziehung nach der Staatsumwälzung eingetreten sind, können gewiß die vermögensrechtlichen Beziehungen zwischen den Ländern und den ehemals regierenden Fürstentümern nicht unberührt lassen. Indessen müssen nach der verfassungsmäßig überwindlichen Überwindung der Revolution die Grundlagen des Rechtsstaates unverändert bleiben. Zu diesen gehören: Die Rechtsgleichheit aller Staatsbürger und die Unantastbarkeit des Privatigentums. Mit diesen obersten Geboten eines Rechtsstaates ist die in dem jetzt zur Abstimmung gelangenden Gesetzentwurf vorgesehene entschädigungslose Enteignung nicht vereinbar.

Frage: Wenn die Reichsregierung somit den Gesetzentwurf ablehnt, wie denkt sie sich dann die Auseinandersetzung zwischen den deutschen Ländern und den ehemals regierenden Fürsten?

Antwort: Die Reichsregierung hält eine gesetzliche Regelung für erforderlich, sie hat daher ihrerseits dem Reichstag einen anderen Gesetzentwurf vorgelegt und ist entschlossen, mit allen Mitteln auf die Verabschiedung dieses Gesetzentwurfes zu dringen. Der Grundgedanke dieses übrigens bereits vom Reichsrat (der Vertretung der deutschen Länder) mit großer Mehrheit angenommenen Entwurfes beruht darauf, daß Staatseigentum und Privatigentum der Fürsten getrennt werden und zwar derart, daß diejenigen Vermögensstücke, die die ehemals regierenden Fürsten nur als Staatsoberhäupter besaßen haben, angesichts der veränderten staatsrechtlichen Verhältnisse nunmehr als Eigentum des Staates und zwar ohne Entschädigung angesehen werden sollen, während das reine Privatigentum den Fürsten verbleiben soll.

Frage: Welches Schicksal wird hierbei den Vermögensstücken der ehemals regierenden Fürstentümer, an denen die Volksgemeinschaft besonderes Interesse hat, wie Schlösser, Museen usw.?

Antwort: Bei der im Gesetzentwurf der Reichsregierung vorgesehenen Auseinandersetzung muß den auf kulturellen und gesundheitlichen Gebieten liegenden Interessen der deutschen Länder besonders Rechnung getragen werden, deshalb sollen den Ländern aus der fruchtigen Vermögensmasse solche Vermögensstücke, wie Theater, Schlösser, Museen, Sammlungen, Bibliotheken, Archive, Parkanlagen vorweg zuerkannt werden. Im übrigen soll die Auseinandersetzung nach Billigkeit und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage beider Teile erfolgen. Dabei soll insbesondere zugunsten der Länder in Betracht gezogen werden, daß die wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes infolge des Krieges und seiner Nachwirkungen gegenüber den früheren Verhältnissen allgemein wesentlich herabgedrückt ist, während bei den damals regierenden Fürstentümern die Notwendigkeit zu solchen Auslagen weggefallen ist, zu denen sie früher als Träger der Staatsgewalt verpflichtet waren.

Frage: Wie sieht es dabei mit der Frage der Aufwertung des Vermögens der Fürsten, an der so viele der am Sonntag berufenen Staatsbürger besonderes Interesse nehmen?

Antwort: In der Frage der Aufwertung sollen die ehemaligen Fürstentümer genau so behandelt

Für den Volksentscheid 19 1/2 Millionen Stimmen erforderlich.

Das Statistische Reichsamt hat, wie der demokratische Zeitungsdienst mitteilt, eine Nachprüfung der Zahl der Wahlberechtigten vorgenommen, die für den Ausfall des Volksentscheids von maßgebender Bedeutung ist. Unter Zugrundelegung der Volkszählung vom Jahre 1919 hat sich ergeben, daß die Zahl der Wahlberechtigten, die beim Volksbegehren mit rund 39 1/2 Millionen angenommen wurde, höchstens 39 Millionen betragen kann.

Einzelberechnungen, die in Bremen vorgenommen worden sind, haben ergeben, daß 1 1/2 Prozent Wahlberechtigter mehr in den Listen geführt werden, als nach der Altersklassenstatistik überhaupt vorhanden sein können. Wird diese Differenz auf das Reich übertragen, so ergibt sich das gleiche Ergebnis wie die Schätzung des Statistischen Reichsamts.

Danach wären zur Annahme des Volksentscheids rund 19 1/2 Millionen erforderlich.

Strafantrag im Spritschieberprozeß.

Berlin, 17. Juni. Im Spritschieberprozeß stellte der Staatsanwalt folgende Strafanträge: 1. Gegen den Angeklagten Peters wegen 14 selbständiger Handlungen, wie Bestechung, Beihilfe zum Betrug usw. insgesamt 3 Jahre Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe. Dem Angeklagten werden auf 5 Jahre die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt. Ferner wird der Angeklagte zum Vertreter der der Monopolverwaltung hinterzogenen Spritmengen im Gesamtbetrag von 4 300 000 Mark verurteilt. Der Haftbefehl soll aufgehoben werden. 2. Gegen den Angeklagten Weber wegen Beihilfe zum Betrug insgesamt 4 Jahre Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt anzusehen sind. 3. Gegen den Angeklagten Hermann Weber wegen Brandstiftung, Betruges und Urkundenfälschung insgesamt 2 1/2 Jahre Zuchthaus und 100 000 Mark Geldstrafe und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre. Der Haftbefehl ist nicht aufzuheben, da Fluchtverdacht vorliegt. 4. Gegen den Angeklagten Heinrich Weber 1 Jahr Gefängnis, das durch die Untersuchungshaft als verbüßt anzusehen ist. Gegen die übrigen Angeklagten beantragte der Staatsanwalt Geldstrafen von 1000 bis 10 000 Mark. Für den Angeklagten Cantrop wurde Freisprechung beantragt.

Die Unterdrückung der elsass-lothringischen Autonomiebewegung.

Paris, 17. Juni. Wie Havas aus Straßburg meldet, hat der Straßburger Gerichtshof erster Instanz den Rotax Reihes aus Bensfeld, der das autonome

att und gebirge 1926. träter 3 Wd. 15 Wd. nach 8 Uhr fest Brandl und Schried Schwergewicht and zwar der ckin und dem hen sich zwei glückte es im Aufgabe zu. schland, das btscheida zum ren und wird am Fortuna- denburg-Dres- sner Sport- Reihmann, una-Weipzig, W.-Weipzig). vmsv. en läuft am e der Her e. Die G eben ist, die nd Thalheim drei Kampf- eten Kampf- el, in Eben- Gaupereine. Programm tscheidungs- Sturm-Peter- Reihersdorf- bürgergarten für die am tion. umerausgabe h sämtlicher Begründung- 1 Uhr Mit- 4,30 Uhr ndung. fassen sowohl am Sonn- ar hält der und wohn chermie hier wieviel am ere benötigt gen an den t legtmalig t als ein mmer, W. Kobberg. Male eine chaus am erung mit en 12 Uhr elbst kurze Dr.-Ferber- h begange- übers der eibungen, e für An- schpiel der lufe bezw. Zeit bis soll. Hof- schäftsfrag Besuch alle n dies alle angefordert s auf die Bürger- ausschusses. Niederber- uch Gau- urde unter restaurant mit den Lieber- n werden reultier- ugenom- ch einne Del als Wendler in Sch- b r vor- fechtwart möge, in s Hauses bringen. ch dem ung ge-

famously known, that in the whole world...

The first evangelical church school...

The 'old acquaintance' from Moscow...

Der Jagdhnig Paul Whittemann sucht den besten deutschen...

Die Stadt der Goldgräber...

von Rechts wegen vor sich gehen konnte. Bei dem nächsten...

Berliner Böse vom 17. Juni. Tendenz: uneinheitlich.

Kirchennachrichten. St. Nikolai.

Methodistenkirche aus, Bismarckstraße 12.

Ratholischer Pfarrbezirk aus (Herrnstr. 807).

Die Neu-Salens-Freunde.

Gemeinschaftshaus (Bodauer Str. 15).

der im Zusammenhang mit der Ausbildung der französischen...

Großhandelsindex für den 16. Juni 1926.

Neuapostolische Gemeinde aus (Kapelle Schneberger Str. 74).

Die Neu-Salens-Freunde.

Äthorion.

Amtliche Bekanntmachung.

diese ist von dir abhängig. Du als Jungin gegen deine...

„Ich hoffe, du wirst eine solche Notwendigkeit aus...

„Ich hoffe nicht, daß man leicht über mich urteilen...

„Wir sprechen nach Tisch noch einmal darüber...

Nach Tisch forderte der Kommerzientrat das junge...

„Es nicht nichts mehr, törichte Ideen eines jungen...

„Was meinst du damit? Ich verstehe dich nicht...“

„Noch einmal bitte ich dich, dir klar zu machen...“

„Was blieb stehen. Jedes Wort, das ihr Begleiter...

Sie sagte es dem Kommerzientrat mit ruhigen...

dämpft vor Erregung, aber das, was sie sagte, ließ...

„Wir wollen heimkehren...“ sagte sie dann.

„Wir wollen heimkehren...“ sagte sie dann.

Schweigend saßen beide den immer einsamer werdenden...

Das Land über die Lage...

Unsere Parole:
Bleibt am 20. Juni zu Hause!

Warum?

Nach dem Gesetze muß sich an einem Volksentscheid mindestens die Hälfte der Stimmberechtigten beteiligen, d. h. nach dem Ergebnis der letzten Reichstagswahl ungefähr 20 Millionen Stimmen. Beteiligen sich überhaupt nicht so viele an der Abstimmung, so ist **der ganze Volksentscheid von vornherein erledigt.**

Deshalb keine Beteiligung am Volksentscheid!

Wer aber mit **Gewalt** oder **Terror** oder aus **Geschäftsrücksichten** gezwungen ist ins Wahllokal zu gehen, der stecke **keinen Stimmzettel in den Umschlag** oder **durchkreuze** den **ganzen Zettel**

Dann ist er ungültig!!

**Deutschnationale Volkspartei : Deutsche Volkspartei
Vereinigte Vaterländische Verbände
im Bezirk der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg**

NW&K WOLLGARNE
Sportwollen
Nordstern - Poldanka - Schneewittchen - Blaustern - Fährnd in Öle und Farben
Oberall erhältlich Auf Wunsch Bezugswollen-Nachweis durch
Stawoll - Splawoll - Bahrenfeld G. & H. Altesa - Bahrenfeld

Billig! Matthes Billig!
Diese Woche prima lebende Schelen, 4 Pfund nur 1.30 RM, blutfr. Ostsee-Steinbutt, nur 90 Pfg., junge fette Gänse nur 1.60 RM, frische Rehblätter, nur 1.20 RM, ferner junge Enten, Brat- und Suppenhühner.
Paul Matthes, Aue
Fisch- und Wildhandlung, Telefon 272.

Dürköpp-Fahrrad
135 RM
gegen 5 Mk.-Wochenraten, solange Vorrat (30 Stück) vorhanden.
Machen Sie von diesem außer-gewöhnlichen günstigen Angebot sofort Gebrauch.
Lübke, Aue
Wettinerstraße Nr. 26.

Achtung! Brennschwarten!
Sonnabend, den 19. Juni, kommt eine Ladung **starke Schwarten** (1 m lang) ab Fabrikstelle Auerhammer zum Verkauf. Meter 11.— RM, frei Haus 12.— RM, offenfertig 16.— RM. Bestellungen nimmt entgegen
Ergeb. Rohlen, Rofe u. Briffert-Rontor
und **Paul Fischer, Auerhammer**, gegenüber Galtb.



Blitzschnell fliegt der Ball zurück
Erdal
gibt Glanz im Augenblick.

Freibant Schlachthof Aue

Sonnabend vormittag von 9 Uhr ab Verkauf von minderwertigem Fleisch.

Ich suche einen tüchtigen
Galvaniseur
der mit der Gewichtsverfälschung von **Alpaca-Beständen** bestens vertraut sein muß.
Die Stellung ist durchaus selbständig und wird gut bezahlt.
Eintritt nach Vereinbarung.
Angebote mit Angabe der Gehaltsansprüche erbittet
Bettelfabrik C. B. Schroeder
Düsseldorf, Bülkerstraße 31.

Röstritzer Schwarzbier



Jede junge Mutter
muß ganz besonders auf ihre Gesundheit bedacht sein, denn ihre Gesundheit ist zugleich die ihres Kindes. Das hebe, vollwertige **Röstritzer Schwarzbier**, von zahlreichen ärztlichen Autoritäten empfohlen, ist blutbildend und kräftigend und darum das beste und billigste Hausmittel zur Stärkung junger Mütter, es regt auch die Milchsekretion in hervorragender Weise an.
Das echte Röstritzer Schwarzbier ist erhältlich bei Oskar Röhrer, Bierhandlg., Wehnerstraße 8, D. Döfer, Bierhandlung, Magariter 4, Max Jrmisch, Bierhandlung, Goethestr. 3, Edmund Lorenz, Bierhandlung, Reichstr. 33 b, Tel. 766, Walter Schmiedel, Flaschenbierhandlung, Mittelstr. 20, und in allen durch Plakate kenntlichen Geschäften.

Patentbüro Herm. Müller
Fernruf 242 - Oera-R. Zaboism

An die Hausbesitzer!

Was ist Marxismus? Die politische Lehre, daß die Einzelwirtschaft in Allgemeinwirtschaft, daß der Privatbesitz in Allgemeinbesitz verwandelt werden muß, daß der Grund und Boden nicht dem Einzelnen, sondern der Allgemeinheit gehört.

Welches Mittel wendet der Marxismus an? **Die entschuldigungslose Enteignung.** Er treibt also die schlimmste Raubpolitik und sucht sie zu erreichen durch Gewaltakte, durch vernichtende Gesetze und durch aufgepeitschte Volksabstimmungen.

Welche Parteien wollen den Marxismus unter allen Umständen verwirklichen? Die **Mehrheitssozialdemokraten** und die **Kommunisten.** Darum sind sie jetzt so rührig. Aber sie sind Wölfe in Schafskleidern.

Die Sozialisten haben durch ihre Politik seit der Revolution, durch ihre Einstellung dem Hausbesitz gegenüber zur Genüge bewiesen, daß sie die **größten Feinde des Hausbesitzes** sind. Wenn die Sozialisten allein zu bestimmen hätten, so wäre der Hausbesitz schon längst ausgerottet.

Jetzt will man die Fürsten berauben, das nächste Mal kommen die anderen daran, die Grund- und Bodenbesitzer.

Hausbesitzer! Der Marxismus, die **Enteignungspolitik der Sozialisten** kennt keine Grenzen. Denkt an die Zwangswirtschaft, die Steuerpolitik und an das **Bodenteilungsgesetz** über allen Grundbesitz, das dem Reichstag jetzt vorliegt.

Darum: Hausbesitzer, bleibt am 20. Juni zu Hause!

Bez.-Verband der Hausbes.-Vereine der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.

Gasthof Auerhammer

Morgen Sonnabend, ab 7 Uhr und Sonntag, ab 6 Uhr

Feine Ballmusik

Tanz frei. Tanz frei. Hierzu ladet freundlichst ein **Guido Hecker.**

Junges Mädchen 24 Jahre, welches schon in besserem Haushalt gedient hat, sucht sol.

Stellung

in besserem Haushalt in Aue oder Umgebend. Offerten u. N. T. 2877 an d. Auer Tagebl.

Für jeden Gebrauch für jeden Fuß für jeden Geschmack für jeden Geldbeutel

Stets den richtigen Schuh in

Schädlings Schuhwarenhaus
Tel. 319 Aue Markt 14.

Klubsofas
in Plüsch und Gobline sowie

Küchensofas
verkauft sehr preiswert.

Polstermöbel Geschäft
Grohmann, Lindenstraße.

Ein neues **Chaiselongue**
billig zu verkaufen.
Verläng. Eisenbahnstraße 24.

Ein gebrauchtes **Küchensofa**
ist preiswert zu verkaufen.
Ebnst-Papst-Str. 31, 11.

Sofas und Matratzen
werden gut und billig **ausgepolstert**
in und außer dem Hause.
Verlängerte Eisenbahnstr. 24.

Sehr gut erhaltener **Kinderwagen**
preiswert zu verkaufen.
Maurer, Leffingstraße 3, 11!

Gewandter Faktor
für Verl- und Hüttenstädte, in jeder Hinsicht besonders eistungsfähig. Sofort gesucht.
Schriften unter R. 6 2885 an Rudolf Mosse, Berlin W. 35, Potsdamerstr. 33.

Kranke verzaget nicht!

Kommen Sie zu mir zur Untersuchung
und bringen Sie auch noch eine Flasche Ihres Morgenurins mit, welcher in meinem Laboratorium in Heiß auf das genaueste chemisch und mikroskopisch untersucht wird.

Augendiagnose, soweit dieselbe wissenschaftlich anerkannt ist. Seit 25 Jahren behandle ich alle noch heilbaren Krankheiten mit Biochemie, Naturheilkunde und Homöopathie.

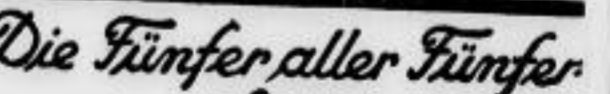
Sprechstunden jetzt am Montag vorm. von 8-12 und nachm. von 3-7 Uhr in Aue, Louis-Fischerstr. 2, und dann regelmäßig alle 14 Tage Montags, auch wenn es nicht in der Zeitung steht.

Paul Bohn, Heilkundiger.

Zeitungsmafatur

gibt ab **Auer Tageblatt.**

Die Fünfer aller Fünfer



DOLOMIT
ZIGARETTE

5 Pfg.
GEORG JASCHKE & SOHNE, DRESDEN

DOLOMIT
ZIGARETTE

5 Pfg.
GEORG JASCHKE & SOHNE, DRESDEN

DOLOMIT
ZIGARETTE

5 Pfg.
GEORG JASCHKE & SOHNE, DRESDEN

DOLOMIT
ZIGARETTE

5 Pfg.
GEORG JASCHKE & SOHNE, DRESDEN

DOLOMIT
ZIGARETTE